

Link: <https://www.suedkurier.de/digitale-zeitung/lesen/epa12399,85494,0,4>



Im Bundesrat: Nicole Hoffmeister-Kraut, Landes-Wirtschaftsministerin (CDU; rechts). Von links: Michael Kellner, grüner parlamentarischer Wirtschaftsstaatssekretär, Hubertus Heil, SPD-Bundesarbeitsminister. BILD: DPA

Union lässt Bürgergeld im Bundesrat scheitern

- CDU verlangt nach weitreichenden Änderungen
- Nun ist der Vermittlungsausschuss gefragt



VON BERNHARD JUNGINGER
politik@suedkurier.de

Berlin – Der Bundesrat hat das Bürgergeld-Vorhaben der Ampel-Regierung vorerst gestoppt. Nun muss sich der Vermittlungsausschuss um einen Kompromiss bemühen. Dabei drängt die Zeit. Gelingt bis zur Sitzung des Bundesrats am 25. November keine Einigung, kann das Gesetz, das Hartz IV ersetzen soll, nicht wie geplant Anfang Januar in Kraft treten. Doch die Union machte klar, dass sie das Gesetz nur nach weitreichenden Änderungen billigen wird.

Thorsten Frei, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sagte unserer Redaktion: „Wer das Prinzip ‚Fördern und Fordern‘ aufgeben will, kann von uns keine Zustimmung erwarten.“ Den Weg zu einem „bedingungslosen Grundeinkommen“ werde die Union nicht mitgehen. Der CDU-Politiker weiter: „Es darf kein Zweifel daran gelassen werden, dass Sanktionen von Anfang an verhängt werden können.“

Am Montag war die Länderkammer zu einer Sondersitzung zusammengekommen, um über die in der Vorwoche vom Bundestag beschlossene Einfüh-

Vermittlungsausschuss

Der Name sagt es schon: Der Vermittlungsausschuss (VA) soll bei Streitigkeiten zwischen Bundestag und Bundesrat vermitteln. Beide Seiten schicken dafür 16 Mitglieder in das Gremium. Auf Ländersseite sind für Baden-Württemberg Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und für Bayern Europa-Staatsministerin Melanie Huml (CSU) vertreten. Die Bundestags-Seite vertreten unter anderem Thorsten Frei (Baden-Württemberg, CDU) und Stefan Müller (Bayern, CSU). Oft wird in Unterausschüssen weiterberaten. Weichen Beschlüsse des VA von denen des Bundestages ab, ist eine erneute Beschlussfassung im Bundestag erforderlich. In der letzten Legislaturperiode wurde der VA sieben Mal angerufen, davor drei Mal. Die Zahl der verabschiedeten Gesetze lag jeweils bei etwa 550. (lan)

zip, das auch auf Konsequenz setzt. Aus ihrer Sicht nimmt das Gesetz in seiner geplanten Form Arbeitslosen die Motivation, wieder einen Job anzunehmen. Wie zuvor bereits angekündigt, verweigerten die Länder, die von der Union regiert oder mitregiert werden, dem Vorhaben im Bundesrat ihre Zustimmung. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) kündigte postwendend an,

zufolge höhere Regelsätze erhalten, alleinstehende etwa statt 449 Euro dann 502 Euro im Monat. In diesem Punkt hat die Union keine Einwände. Doch ihr Angebot, die Erhöhung aus dem Entwurf auszukoppeln und zum 1. Januar 2023 separat in Kraft treten zu lassen, haben die Ampel-Fraktionen abgelehnt.

Die FDP zeigte sich gegenüber CDU und CSU offen für eine Einigung. Deren Kritik etwa an der Höhe der Schonvermögen nehme man ernst, betonte Sozialpolitiker Jens Teutrine. „Ein sachgerechter Kompromiss wird an uns nicht scheitern. Zu begrüßen wäre es, wenn wir bei den Hinzuverdienstregelungen noch mehr verbessern würden, um

.....
„Wer das Prinzip ‚Fördern und Fordern‘ aufgeben will, kann von uns keine Zustimmung erwarten.“

Thorsten Frei,
Fraktionsgeschäftsführer der CDU

.....
den Arbeitsanreiz zu erhöhen“, sagte er. Der FDP-Politiker warnte aber auch vor „parteitaktischen Manövern in Form von Totalblockaden oder Verzögerungstaktiken“.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann drängte CDU und CSU zum Einlenken in der Sache: „Eine weitere Blockadehaltung der Union setzt ein Reformpaket aufs Spiel, das